

An Frau
Landrätin Störr-Ritter

- nur per E-Mail -

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Breisgau-Hochschwarzwald

Der Kreistag möge beschließen, sich dem ICAN-Städteapell mit folgendem Wortlaut in Form einer Resolution anzuschließen:

„Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Begründung:

ICAN ist ein globales Bündnis in mehr als 100 Ländern und war Initiator des Atomwaffenverbotsvertrags. 122 der 193 Mitgliedsstaaten unterzeichneten ihn im Juli 2017 in der UN-Generalversammlung. Nachdem ihn 51 Staaten ratifiziert haben, trat er am 22. Januar dieses Jahres in Kraft.

Im Kern verbietet der Vertrag die Herstellung, die Erprobung, den Besitz, den Einsatz sowie die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen. Darüber hinaus untersagt er den Transfer über und die Stationierung von Atomwaffen im eigenen Staatsgebiet. Staaten, die beim Beitritt zum Vertrag Atomwaffen besitzen, verpflichten sich, diese zu zerstören. Opfern von Atomwaffentests oder -einsätzen wird medizinische, psychologische, wirtschaftliche und soziale Hilfe geleistet. Atomar kontaminierte Gebiete müssen saniert werden. In dem Vertrag werden Atomwaffen ausdrücklich geächtet. Damit werden Atomwaffen als letzte aller Massenvernichtungswaffen verboten.

ICAN erhielt für ihre Arbeit, mit der sie auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines jeglichen Einsatzes von Atomwaffen aufmerksam machten und für ihre Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen, 2017 den Friedensnobelpreis.

Zahlreiche Städte in aller Welt haben sich bereits dem ICAN Städteappell angeschlossen. Allein in Deutschland sind es 113 Städte, darunter auch Freiburg, Konstanz und Lahr. Auch die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz haben sich der Aufforderung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, angeschlossen.

Auch Landkreise haben die Pflicht, sich für das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger und so für den Frieden einzusetzen. So haben sich bereits 5 Landkreise und Regionen dem ICAN Städteappell angeschlossen, darunter der Ostalbkreis in Baden-Württemberg.

Bislang ist die Bundesrepublik Deutschland dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Atomwaffenverbotsvertrag) nicht beigetreten. Mit dem ICAN Städteappell wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen sowie der Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen und diese zu zerstören. Die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und setzen so ihre Bürgerinnen und Bürger der Vernichtungsgefahr aus. In der Vergangenheit ist Deutschland immer wieder nur knapp einem Atomkrieg entkommen. Daher ist das Engagement von Kommunen und Gebietskörperschaften wie Landkreise umso wichtiger, um den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Frieden an die Bundesregierung heranzutragen.

Die Unterzeichnung des ICAN Städteappells durch den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald unterstützt damit das gemeinsame Ziel der Organisationen, eine Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Löffler

SPD Kreistagsfraktion Breisgau Hochschwarzwald